



Leserbriefe

„Von Solidarität weit entfernt“

In der Rubrik „Leserbriefe“ veröffentlichen wir auszugsweise Zuschriften, die sich auf Artikel in der SoVD-Zeitung beziehen. Es handelt sich hierbei um Meinungsäußerungen, die nicht unbedingt die SoVD-Positionen widerspiegeln. Ein Anrecht auf Veröffentlichung von Leserbriefen besteht nicht. Bitte richten Sie Ihre Zuschriften an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail an: redaktion@sovd.de.

Zum Titelthema der letzten Ausgabe, „Streitthema Rente: Gefahr erkannt“, unterstreicht SoVD-Mitglied Antje Poelmann (Moomerland):

Von Generationengerechtigkeit und Solidarität sind wir weit entfernt, auch wenn diese Begriffe stets bemüht werden.

Solange unser Sozialsystem wie im Ständestaat des 19. Jahrhunderts aufgeteilt bleibt und über die Rente nur Personen entscheiden, die nicht betroffen sind, wird sich nichts ändern. Wir hätten eine völlig andere Rentenpolitik, wenn alle Einkommen in eine gesetzliche Rentenversicherung zu zahlen hätten. Wäre dann die Teilprivatisierung der gRV, einhergehend mit den politisch gewollten, willkürlichen Rentenkürzungsfaktoren, möglich gewesen, das Alterseinkünftegesetz, die BVerfG-Entscheidungen, die die Rentenbeiträge zu öffentlichen Mitteln gemacht haben? Österreich ist durchaus ein Beispiel, wie es anders gemacht werden müsste.

Den Blick auf die Nachbarländer wirft zum Thema auch unser Leser Ingo Mirus (Kiel):

[...] Vermisse eine Aufzählung der weit höheren Rentenzahlungen in den benachbarten EU-Staaten, wie Dänemark, Österreich und Schweden. [...] Die derzeitigen Parteien in der Regierung wollen fast nichts ändern. Ministerin Nahles schlägt sogar eine neue Betriebsrente vor, die noch weniger zur Auszahlung beinhaltet, als eingezahlt wird. [...]

Zu „Grad der Behinderung: Abstufung vermeiden“ (auch Ausgabe Juli/August 2017, S. 3) schreibt Klaus Gercken (Sellstedt) seine Erfahrungen:

Teilhabe und Gleichberechtigung sind gesetzlich festgelegt und es wird allgemeine Barrierefreiheit angestrebt. Barrierefreiheit heißt aber nicht nur, dass außen eine Rampe und innen keine Schwellen sind. Es bedeutet auch, dass einem die Ämter nicht zusätzlich Knüppel zwischen die Beine werfen.

In meinem Bekanntenkreis soll eine Behinderte nicht mehr in eine Werkstatt gefahren, sondern verrentet wer-



Fotos: Yuri Kravchenko, nullplus/fotolia

Arme Rentner: Das deutsche Sozialsystem teile immer noch wie im Feudalismus Menschen in Stände auf, meint eine Leserin.

den. D.h.: keine Aufgabe mehr und weniger Sozialkontakte. Wird ihr Wohnheim dann zur Aufbewahrungsanstalt?

Ich selbst habe durch die Verschärfung der Vorschriften meinen Behindertenparkausweis verloren, was eine Einschränkung meiner Mobilität zur Folge hat. Teilhabe und Gleichberechtigung scheinen nur Sonntagsreden zu sein. Denn die nachgeschaltete Verwaltung handelt ganz anders.

Beim Titelthema der Mai-Ausgabe, „Erwerbsgemindert und bald arm?“, hat Georg Schulz (Osnabrück) eine düstere Vermutung:

Das ist doch wieder einmal typisch. Es hört sich zunächst gut an, dass die Zurechnungszeit für Frührentner erhöht werden soll. Da aber diese Verbesserung nur für zukünftige Erwerbsgeminderte gelten soll, werden sich die Warteschlangen an den Lebensmitteltafeln dadurch nicht verkürzen. Offenbar hofft die Regierung darauf, dass sich das Problem biologisch löst. Denn wenn die aktuell in Armut lebenden Rentner doch nur bitte fix wegsterben würden, hätte sich die Sache von selbst erledigt.

Auch hierauf sowie auf das Juni-Titelthema zum 100-jährigen Jubiläum, „SoVD ist kompetenter Mitstreiter“, bezieht sich Erika Neve (Neumünster):

Friede, Freude, Eierkuchen („Freiheit und Gerechtigkeit“), sagt Frau Merkel. Dazu benennt sie Artikel I des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Ich lese

Ihre Zeitung und denke: Europapolitik, Rente, Pflegeversicherung, sozialer Wohnungsbau, soziale Sicherungssysteme und Arbeit sichert den Lebensunterhalt... Geht es noch? Von was wird da geredet? Niedriglöhne, Aufstocker, Hartz IV = Grundsicherung im Alter usw. usf. Wird in diesem Land mal etwas günstiger? Nein, nur immer teurer. Krankenkasse/Pflegeversicherung, Miete etc. Die Mütterrente: aus der Rentenkasse geklaut! Unseren Kinder gestohlen! Soziale Verantwortung lässt sich nicht verordnen, nein, sie wird uns entzogen. Nach und nach. Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer. [...]

Die „Kernforderungen des SoVD zur Bundestagswahl 2017“ (April-Ausgabe, Seiten 6+7) ergänzt Johannes Koch (Schleswig), Vorsitzender im Ortsverband Schaalby, u. a. um:

[...] 1. Eine Rentenreform, die den Namen verdient. Es kann z.B. nicht sein, Reform von 2012, dass Rentnern, die vorzeitig in Rente gehen, pro Monat 0,3 Prozent abgezogen werden – obwohl viele mehr als 45 Jahre eingezahlt haben. [...] Heute geht man mit 63 Jahren, wenn die Voraussetzungen stimmen.

2. Die Mütterrente, wie auch gefordert, muss durch Steuern bezahlt werden. Und nicht die Rentenkasse. Und wenn Mütter Nachzahlungen bekommen und gleichzeitig Aufstocker (Sozialamt) bei der Rente sind, wird die Nachzahlung als Einkommen berechnet. Ähnlich ist es, wenn einige Geld dazuverdienen! [...] Muss abgeschafft werden. [...]